



Toni Kroos im Interview

Toni Kroos ist bei dem EM-Turnier dreimal nur eingewechselt worden. Im Interview spricht er über seine Reservistenrolle und seine Chancen, doch noch wieder ins Team zu rücken.

Del Bosque in der Kritik

Titelverteidiger Spanien musste gegen Kroatien lange um den Einzug in das Viertelfinale zittern. Nationaltrainer Vicente del Bosque wehrt sich gegen harsche Kritik am Spielstil seiner Elf.

Ergebnisse

England - Ukraine 1:0
Schweden - Frankreich 2:0

Berichte Seiten 30 bis 32

» Weitere Informationen finden Sie unter www.weser-kurier.de/em2012

BREMEN

Sorge um Lehrerstellen

Bremen. Schulleiter sind in Sorge: Noch immer hat die Bildungsbehörde ihnen ihre Lehrerkontingente nicht zugewiesen. Das verzögert die Planung an den Schulen. Und es schürt die Angst, es könne zum Wegfall von Lehrerstellen kommen. Seite 9

WIRTSCHAFT

China droht der EU

Brüssel. Der Streit um Emissionshandel im europäischen Luftverkehr droht zu eskalieren. China will Flugzeuge aus der EU beschlagnahmen, falls Brüssel an der Abgabe festhalte. Auch Indien und die USA kritisieren den Handel mit Zertifikaten. Seite 27

WESER-KURIER.DE

STIMMEN SIE AB

Veranstaltungen in der City

Bürgerschaftspräsident Christian Weber will die Zahl der Veranstaltungen auf dem Bremer Markt begrenzen. Ein sinnvoller Vorstoß? Ihre Meinung ist gefragt: Stimmen Sie ab unter

» www.weser-kurier.de/bremen

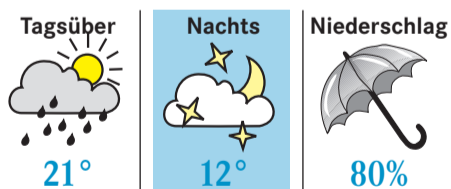
KUNSTHALLE BREMEN

Neuer Direktor zeigt erste Schau

Der neue Direktor der Kunsthalle Bremen, Christoph Grunenberg, präsentiert ab Sonnabend, 23. Juni, seine erste Bremer Ausstellung unter dem Namen „Zauber Spiegel – die Sammlung nach 1945“.

» www.weser-kurier.de/freizeit

DAS WETTER



Regenschauer

Ein Tief zieht über Mitteleuropa ostwärts weiter und bringt zum Teil kräftige Regengüsse. Ausführliches Wetter Seite 8

INHALT

Familienanzeigen	14
Fernsehen	16
Immobilienmarkt	20
Leserforum	4
Rätsel & Roman, Impressum	5
Sport	28

KONTAKT

Telefonzentrale: 04 21 / 36 71 0
Abonnenten-Service: 04 21 / 36 71 66 77
Anzeigenannahme: 04 21 / 36 71 66 55

H 7166 • 28189 BREMEN



Die Mehrheit der Bremer leidet unter dem Lärm, der von Güterzügen, vom Straßen- oder Flugverkehr ausgeht.

GRAFIK: BERDING

Bremen. Lärm macht krank und unter Umständen kann er sogar tödlich sein. Der Bremer Wissenschaftler Eberhard Greiser hat die Auswirkung von Verkehrslärm auf die

Gesundheit der Menschen untersucht. Greiser zufolge ist erwiesen, dass eine Lärmbelastung zu erhöhtem Bluthochdruck und Herzinfarkt führen kann. Er hat

sich die Belastung durch Flugzeug-, Bahn- oder Straßenlärm in Bremen angesehen. Ergebnis: Die Mehrheit der Bremer ist durch Verkehrslärm stark belastet. Thema Seite 3

Mehr Klagen über Behandlungsfehler

Patienten gehen häufiger gegen Ärztepfsuch vor

Falsche Diagnosen, verkehrte Therapien, mangelhafte Informationen – immer mehr Patienten wenden sich mit Klagen über Behandlungsfehler an Gutachter der Ärzteschaft. Tausendfach bekommen sie recht. Die genaue Zahl der jährlichen Behandlungsfehler kann dagegen nur geschätzt werden. Die Annahmen, so das Gesundheitsministerium, reichen von 40 000 bis 170 000 Fälle.

VON HANS-ULRICH BRANDT
UND BASIL WEGENER

Berlin-Bremen-Hannover. Die Zahl offiziell registrierter Kunstfehler von Ärzten steigt – bundesweit kamen ärztliche Gutachterstellen im vergangenen Jahr zu dem Ergebnis, dass in 2287 Fällen Behandlungen, Diagnosen oder die Patientenaufklärung fehlerhaft oder unzulänglich waren. Das waren 88 Fälle mehr als 2010. Für 99 Patienten endete der Ärztepfsuch tödlich. 721 Patienten erlitten Dauerschäden. Insgesamt erkannten die unabhängigen Gutachter in mehr als 1900 Fällen den Fehler als Ursache für einen Schaden an. Hüft- und Knieoperationen, Behandlungen wegen Armbürchen und Brustkrebs zählen zu den häufigsten Eingriffen unter Pfschverdacht. Die Dunkelziffer bei Behandlungsfehlern ist hoch. Insgesamt sollen laut unterschiedlichen Schätzungen Zehntausende Menschen jedes Jahr wegen Ärztepfehlern allein in Deutschlands Kliniken sterben.

Die gestern veröffentlichten Zahlen stammen von den Gutachterkommissionen und Schlichtungsstellen der Ärztekammern. Sie bieten eine vergleichsweise schnelle, aber nicht die einzige Möglichkeit für betroffene Patienten, Schadenersatzansprüche geltend zu machen. Die Patienten wenden sich auch an den Medizinischen Dienst der Krankenkassen, an Haftpflichtversicherer oder an Gerichte. Verfahren dauern aber oft Jahre, Gutachterstellen entscheiden dagegen im Schnitt in 13 Monaten.

Bei der Schlichtungsstelle der Bremer Ärztekammer sind die Zahlen allerdings nicht signifikant gestiegen. Im vergange-

nen Jahr gab es 117 neue Beschwerden (116 waren es im Vorjahr), 96 Fälle aus dem Jahr 2010 waren noch nicht abgearbeitet. Von diesen insgesamt 213 Verfahren wurden 122 bearbeitet. Begutachtet wurden 65 Fälle – in 17 Fällen wurde ein Behandlungsfehler bestätigt. Zum Vergleich: 2010 waren es 19 Fälle. Franz-Josef Blömer, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der Ärztekammer Bremen: „Bei einem Behandlungsfehler vorwurf bietet die Ärztekammer mit dem Verfahren bei der Schlichtungsstelle eine Begutachtung durch unabhängige Experten und eine außergerichtliche Streit-schlichtung an.“

Für Niedersachsen meldet die Schlichtungsstelle der Ärztekammer sowohl einen leichten Anstieg der Anträge auf Behandlungsfehler (2011 waren es 1387, im Jahr davor etwas über 1300) als auch der geltend gemachten Schadenersatzansprüche (29,4 Prozent in 2011, im Jahr davor 28,3).

Die Schlichtungsverfahren der Ärztekammern finden allerdings nur dann statt, wenn auch der betroffene Arzt und sein Haftpflichtversicherer zustimmen. Patientenverbände haben das immer wieder kritisiert, weil den Betroffenen bei fehlender Bereitschaft der Ärzte dann nur der langwierige und kostspielige Gang zum Gericht bleibt. Außerdem sehen die Patientenverbände keine wirkliche Objektivität bei den Schlichtungsstellen gegeben, weil diese den Ärztekammern zu nahe stünden.

Auch bei der AOK Bremen/Bremerhaven landen, so Jörn Hons, Sprecher der Krankenkasse, „jährlich über 230 Anfragen beim Team Behandlungsfehler-Management“. Etwa 70 Prozent würden geprüft, 80 Prozent davon wiederum an den Medizinischen Dienst der Krankenkassen weitergeleitet. Die restlichen 20 Prozent gehen an die Schlichtungsstelle der Ärztekammer. „Jährlich“, so der AOK-Sprecher, „haben wir etwa 80 Behandlungsfehler. Von den Versicherungen der betroffenen Ärzte, Krankenhäuser und medizinischen Dienstleister erhalten wir pro Jahr etwa 340 000 Euro an Schadenersatzleistungen zurück.“

Kommentar Seite 2

Auch in schwierigen Zeiten wächst die Zahl der Millionäre

Frankfurt/Main (wk). Obwohl die Staatsschuldenkrise in Europa oder die Naturkatastrophe in Japan die Wirtschaft weltweit bremsen, stieg die Zahl der Reichen 2011 leicht um 0,8 Prozent. Das geht aus dem gestern in Frankfurt vorgelegten Wohlstandsbericht des Beratungsunternehmens Capgemini und der Royal Bank of Canada hervor. Rund elf Millionen Menschen verfügten demnach über ein Finanzvermögen von jeweils mehr als einer Million US-Dollar. So viele Millionäre gab es noch nie.

Überdurchschnittliche Zuwächse vermeldete Capgemini aus dem wirtschaftlich star-

ken Deutschland: Die Zahl der Millionäre stieg um rund drei Prozent auf über 950 000. Damit leben nur in den USA und in Japan mehr Reiche als hierzulande. Mehr als jeder zweite (53,3 Prozent) Millionär kommt aus einem dieser drei Länder. Einzig in Nordamerika ist der Millionärsclub allerdings geschrumpft – dort lebten mit 3,35 Millionen 1,1 Prozent weniger Millionäre als ein Jahr zuvor.

Die Studie berücksichtigt Menschen, die mehr als eine Million Dollar (derzeit rund 793 000 Euro) Finanzvermögen haben – Werte wie etwa selbstgenutzte Immo-

bilien, Luxusautos oder Kunstschätze bleiben außen vor.

Allerdings gingen die Turbulenzen an den Finanzmärkten im vergangenen Jahr auch an den Superreichen nicht spurlos vorüber. Das finanzielle Vermögen des Geldadels nahm nach zwei Jahren satten Wachstums auch in Folge der Schuldenkrise in Europa um 1,7 Prozent ab. Mit 42 Billionen US-Dollar haben die Reichen zwar binnen eines Jahres 700 Milliarden Dollar verloren – sie besitzen aber immer noch gut neun Billionen Dollar mehr als im Finanzkrisenjahr 2008.

Euro-Endspiel für Griechenland?

Frankfurt/Main-Bremen (wk). Die Vermögensverwalter der Deutschen Bank haben offenbar den Glauben an die europäische Währungsunion verloren. „Ein Auseinanderbrechen der Euro-Zone ist ein sehr wahrscheinliches Szenario“, sagte Georg Schuh, einer der Chef-Anlagestrategen der Bank, gestern auf einer Konferenz in Frankfurt. Im Moment gebe es keine überzeugende Lösung für die Probleme im gemeinsamen Währungsraum, sagte Schuh – auch wenn die Europäische Zentralbank (EZB) „noch ein paar Schüsse“ an Notmaßnahmen freihabe. „Der Kapitalmarkt hat ein Auseinanderbrechen bereits eingepreist. Die Investoren sind da viel weiter als die Politik“, sagte Schuh. „Ich glaube, wir sind jetzt in der Endspiel-Phase.“ Der Chefinvestor rechnet trotz des Wahlsiegs der Reformbefürworter in Griechenland mit einem baldigen Austritt des Landes aus der Euro-Zone. Noch im laufenden Jahr könne das hochverschuldete Land die Währungsunion verlassen. „Je eher, desto besser“, sagte Schuh.

Unterdessen nimmt der Druck auf Spanien von Tag zu Tag zu: Bei einer Auktion von Geldmarktpapieren konnte das große Euro-Sorgenkind zwar gestern wie geplant drei Milliarden Euro einsammeln, doch das Zinsniveau hat eine bedrohliche Höhe erreicht. Ein Weg aus der Schuldenspirale könnte das von den sogenannten Wirtschaftsweisen entwickelte Modell eines Schuldentilgungspakts sein, das in der EU und beim Internationalen Währungsfonds auf breite Unterstützung trifft. Union und Bundesbank bleiben allerdings bei ihrer ablehnenden Haltung. Berichte Seiten 4 und 25

G 20: Europa muss allein aus der Krise kommen

Nur verhaltene Unterstützung beim Gipfeltreffen in Mexiko

Los Cabos. Europa bleibt im Kampf gegen die Schuldenkrise weitgehend auf sich gestellt. Weder die USA noch andere große Wirtschaftsblocke wie China oder Indien sehen sich in der Pflicht, die Gefahren aus spanischer Bankenkrise, italienischer Rezession und griechischen Reformproblemen einzudämmen.

Zum Abschluss des G20-Gipfels gestern im mexikanischen Badeort Los Cabos gab es mehr Absichtserklärungen als konkrete Pläne. Immerhin statten die führenden Volkswirtschaften der Erde (G20) ihre Finanz-Feuerwehr, den Internationalen Währungsfonds (IWF), mit mehr Mitteln aus als zunächst gedacht: Insgesamt erhöht sich

der IWF-Schutzwall – Geld, auf das alle IWF-Mitglieder im Notfall zurückgreifen können – auf mehr als eine Billion US-Dollar.

Nachdem es zum Gipfelauftritt offenen Streit und Schuldzuweisungen in Richtung Europa gab, glättete Bundeskanzlerin Angela Merkel die Wogen. Es sei Konsens in der Gipfelrunde gewesen, dass nicht nur Europa Probleme habe, sondern auch andere Wirtschaftsblocke. Jeder habe deshalb eine eigene Verantwortung, diese zu lösen. Die Europäer hätten ihre Entschlossenheit demonstriert, die Schuldenkrise endlich in den Griff zu kriegen, sagte Merkel. Kommentar Seite 2-Bericht Seite 4

Karlsruhe stärkt das Parlament

Urteil: Regierung muss über Euro-Politik früher informieren

Berlin-Karlsruhe (dem). Die Bundesregierung hat bei den Verhandlungen über den Euro-Rettungsschirm ESM die Abgeordneten nicht ausreichend informiert und damit die Bundestagsrechte verletzt. Ebenso beim „Euro-Plus-Pakt“ zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik. Das entschied das Bundesverfassungsgericht in einem gestern verkündeten Urteil. Direkte Auswirkungen auf den ESM hat die Entscheidung der Karlsruher Richter aber nicht. Künftig jedoch muss die Regierung das Parlament so früh wie möglich über internationale Ver-

handlungen wie zum Euro-Rettungsschirm informieren und dem Bundestag eine Mitwirkung ermöglichen. Zur Begründung hieß es, die stärkere Einbindung des Parlaments in solche Verträge diene als Ausgleich für die Verschiebung von Kompetenzen zugunsten der EU. Mit dem Urteil entsprach das Gericht einer Klage der Bundestagsfraktion der Grünen. Die hatte sich auf Artikel 23 des Grundgesetzes berufen, wonach die Regierung in EU-Angelegenheiten frühzeitig über Vertragsentwürfe informieren muss. Bericht Seite 2

Dangast wehrt sich gegen Ferienpark

Dangast. Der Kurdirektor der Künstler- und Ferienortes Dangast am Jadebusen will die unmoderne und defizitäre Kuranlage abreißen lassen. Stattdessen soll eine neue Appartementanlage mit bis zu 1000 Betten entstehen. Ende Juni wird der Stadtrat in Varel über die Zukunft der kommunalen Immobilie entscheiden. Die Bevölkerung wehrt sich gegen eine neue Bettenburg. Kommentar Seite 2-Bericht Seite 17

Sozialverbände vermissen Zivis

Hannover-Osnabrück. Die Einführung des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) vor knapp einem Jahr hat den abgeschafften Zivildienst nicht ersetzen können. So lautet das Fazit, das Anne Brandt, Sprecherin bei den Verbänden der freien Wohlfahrts-pflege in Niedersachsen, zieht. Landesweit seien etwa 1100 BFDler beschäftigt – im Vergleich zu damals dreimal so vielen Zivis, wie Brandt schätzt. Bericht Seite 17



Gold als Geldanlage – ein recht sicheres Mittel, um im Club der Millionäre zu bleiben. FOTO: DPA